

# Große Worte zur Bankenstützung

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

---

Nachdem Hans-Werner Sinn nun in Rente ist, nicht mehr dem Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München vorsteht und nicht mehr zu allen Problemen befragt wird, ist ein neuer Stern am Himmel der häufig zitierten und einflussreichen Volkswirte erschienen. Sein Name ist Marcel Fratzscher, er ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Sinn und Fratzscher kommen bei den Medien gut an, weil sie sich nicht scheuen, unangenehme Tatsachen wenigstens anzusprechen. Sinn ist dabei unterhaltsamer. Er dramatisiert noch mehr. Die vielen Milliarden Euro, die über das Verrechnungssystem der Euro-Notenbanken und die in Brüssel zusammengebastelten Rettungspakete nach Griechenland flossen, wusste er effektiv als unwiederbringlichen Verlust für den deutschen Steuerzahler darzustellen (und damit abzulenken von der Katastrophe, die damit in Griechenland angerichtet wurde). Ähnlich Fratzscher heute. Er tritt weniger als strafender Prophet auf. Ihm fehlt auch der Kapitän-Ahab-Bart, den Sinn vorweisen kann. Aber Teilwahrheiten hat er durchaus auf Lager:

»Das Drama um die Deutsche Bank führt uns vor Augen, dass auch Deutschland nicht eine Insel der Glückseligen, sondern Teil der europäischen Krise ist«, schreibt der DIW-Chef in einem Gastbeitrag für das *Handelsblatt*. Und er erwähnt auch, dass Deutschland »mit einem exzessiven Exportüberschuss von fast neun Prozent der Wirtschaftsleistung« eine »Mitschuld an den wirtschaftlichen Ungleichgewichten« trägt, »die einer Erholung Europas im Wege stehen«. Wie wahr und zugleich wie zart und dezent gesagt. Aber dann wird er wirklich knallhart, wenn er rhetorisch fragt, was denn die Lösung der deutschen Politik für die Krise sei, und antwortet, sie komme einer »Vogel-Strauß-Politik« gleich: »Sie leugnet die Realität der europäischen Krise«, die sich als »riesige private und öffentliche Investitionsschwäche« darstellt. Wie wahr. Aber auch wie spannend. Was wäre wirklich zu tun?

Fratzschers Lösung ist der sogenannte Juncker-Plan. Man erinnere sich. Der damals frisch ernannte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte 2015 die geniale Idee unterbreitet, mit nur ein wenig (21 Milliarden Euro) öffentlichem Geld bis zum Jahr 2018 Investitionen im Volumen von 315 Milliarden Euro anzustoßen. Das soll nun um drei Jahre verlängert und damit verdoppelt werden, schlagen Juncker und jetzt auch Fratzscher vor. Die Investitionsschwäche der EU werde effektiv bekämpft, glauben die beiden, wenn den Unternehmern Kredit zu noch günstigeren Konditionen untergejubelt wird. 100 Milliarden Euro seien EU-weit bereits in Anspruch genommen worden, schreibt Fratzscher und erwähnt nicht, dass das wohl ohnehin geplante Investitionen waren, deren Finanzierung sich lediglich verbilligt hat. Mitnahmeeffekt nennt man das.

Hilfreich ist der Juncker-Plan vor allem für die Banken und Versicherungen, die damit eine »unnötig teure Renditegarantie« erhalten, wie Fabio De Masi, Abgeordneter im EU-Parlament für die Partei Die Linke, feststellt. Das wird zwar nicht reichen, um das »Drama um die Deutsche Bank« zu einem Happy-End zu führen. Aber Fratzscher erinnert uns daran, dass staatliche Bankenstützung auf vielerlei Weise möglich ist und stattfindet.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er leitet als Chefredakteur die Wochenzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, *Unsere Zeit (UZ)*

---

<http://www.jungewelt.de/2016/10-15/044.php>